

30. Oktober 2019

## Schriftliche Anfrage

von Martin Götzl (SVP)  
und Bertozzi Roberto (SVP)

Unter Anordnung von Stadtpräsidentin Corine Mauch versendete die Stadt Zürich im Laufe des Jahres 2017 an 40'000 Ausländerinnen und Ausländer Briefe mit einer Aufforderung, bis am 31. Dezember 2017 ein Einbürgerungsgesuch zu stellen, da dies ab 2018 schwieriger werden würde. Dies deshalb, weil die eidgenössische Gesetzgebung per 1. Januar 2018 ändere und Personen mit einer Niederlassungsbewilligung B und F kein Anrecht mehr auf einen Schweizer Pass haben würden.

Bereits mit GR Nr. 2018/28 haben wir diesbezüglich Fragen gestellt, welche jedoch infolge eines noch laufenden, bis zweijährigen, Verfahrens nicht abschliessend beantwortet werden konnten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele der 40'000 Angeschriebenen haben daraufhin bei der Stadt Zürich ein Einbürgerungsgesuch gestellt?
2. Wir bitten um eine detaillierte Auflistung aller Einbürgerungsgesuchsstellenden, aufgeteilt nach Nationalität und damaligem Aufenthaltsstatus.
3. Wie viele Gesuche konnten gutgeheissen und die Einbürgerung vollzogen werden?
4. Wir bitten um eine detaillierte Auflistung über alle anlässlich dieser Briefaktion Eingebürgerten, aufgeteilt nach Nationalität und damaligem Aufenthaltsstatus.
5. Wie viele Gesuche mussten abgelehnt werden? Aus welchen Gründen wurden diese abgelehnt? Wir bitten um eine detaillierte Auflistung der Gründe.
6. In insgesamt wie vielen Fällen wurden vom Antragssteller/-in ein Gesuch eingereicht, den schriftlichen Deutschkenntnistest nicht absolvieren zu müssen?
7. Bei wie vielen Fällen wurde das Gesuch, den schriftlichen Deutschtest nicht ausführen zu müssen, bewilligt?
8. Welche Gründe wurden für eine Dispensation vom schriftlichen Deutschkenntnistest geltend gemacht?
9. Wir bitten um eine Kostenaufstellung darüber, was die ausserordentliche Brief- und Einbürgerungsaktion gekostet hat (zusätzliche Stellenprozente, Versandkosten, usw.).
10. Welche Ziele legte die Stadtpräsidentin dieser Aktion damals zu Grunde? Wie schätzt der Stadtrat die Aktion ein? Sind die Erwartungen des Stadtrates an diese Aktion erfüllt worden?

